

Anders geht's nicht?

Das Pflanzengift **Glyphosat** könnte in der EU verboten werden. Was heißt das für die Bauern?

ÖKO-REPORT: GERLINDE PÖLSLER



Rafael Zöcher steht in seinem Dinkelfeld und freut sich. „Ein Biokontrollor hat einmal zu mir gesagt: Ein Biogetreidefeld kann man hören. Ich hab gedacht, jetzt spinnst er. Aber es stimmt: Da sind unzählige Insekten, alles summt.“ Auf Äckern, auf denen nur Getreidepflanzen stehen und sonst nichts, sei es ganz still. Zöcher ist vor drei Jahrzehnten auf Bio umgestiegen, heute nennen er und seine beiden ältesten Söhne ein 30-Hektar-Anwesen im obersteirischen Mürztal ihr Eigen. Der Altbauer erzählt, er hätte kein konventioneller Landwirt sein wollen. Diese Art des Arbeitens sei hauptverantwortlich für das Artensterben. „Als ich jung war, war das Schöne, wenn ich in der Früh aufs Feld rausgefahren bin, das Singen der Feldlerche. Aber inzwischen ist sie verschwunden.“ Glyphosat, das ist für ihn indiskutabel. „Man fährt drüber, und alles ist tot. Es ist klar, was das für das Bodenleben bedeutet.“

Glyphosat ist der weltweit meistgenutzte Wirkstoff in Herbiziden. Ob und wie schädlich es für Gesundheit und Umwelt ist, darüber wird heftig gestritten. Krebsforscher der WHO-Organisation IARC, kurz für International Agency for Research on Cancer (Internationale Agentur für Krebsforschung), stuften Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Andere Behörden sahen keine Gefahr. Der Konzern Monsanto, Produzent des glyphosathaltigen Mittels Roundup, steht im Verdacht, Studien beeinflusst zu haben. Erst kürzlich warf Global 2000 mehreren EU-Behörden vor, sie hätten manipulativ gearbeitet. In Summe ist die Forschungslage über die Wirkungen von Glyphosat, auch in Kombination mit anderen Stoffen, dünn.

Schon mehr als 1,3 Millionen Menschen haben die Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat unterzeichnet. Die EU-Kommission

Glyphosat kommt in Österreich kurz vor oder nach der Aussaat auf die Felder

empfohl jedoch vergangene Woche die Zulassung für weitere zehn Jahre. Allerdings will sie dies nicht ohne breiten Rückhalt der Mitgliedsländer durchsetzen. Und der Widerstand wächst. Frankreich und Malta wollen schon länger ein Glyphosat-Verbot. In Deutschland ist Kanzlerin Angela Merkel (CDU) für eine Verlängerung, die Umweltministerin (SPD) dagegen. Auch Österreichs Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner (SPÖ) fordert ein Nein: „Die Gesundheit der Menschen geht vor.“ Ein Verbot ist nicht mehr ausgeschlossen. Aber was würde das bedeuten?

Wir begegnen Glyphosat an allen möglichen Orten: in Baumschulen, Hausgärten und im Gartenbau. Auf Gleiskörpern, um Zugunfällen vorzubeugen. „Gemeinden setzen es in Parks, auf Spielplätzen und Friedhöfen ein“, heißt es von Greenpeace.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 43

Die NGO fordert Kommunen auf, auf das Spritzmittel zu verzichten. Aktuell tun das 311 österreichische Gemeinden; 1789 nutzen es somit weiterhin.

Auch viele Waldbesitzer wollen nicht auf die Ratzfatz-Methode verzichten. Greenpeace fand in einem Kärntner Wald extrem mit Glyphosat belastete Himbeeren. So etwas sei aber die Ausnahme, glaubt Susanne Langmair-Kovacs, Umweltbeauftragte bei den Bundesforsten. Freilich gebe es noch „Irrungen“; sie sah kürzlich ein Insekt: „Jagd mit glyphosatgepflegten Pirschsteigen zu vergeben.“ Die Bundesforste selbst haben dem Mittel seit heuer abgeschworen.

In der Landwirtschaft ist Glyphosat für Biobetriebe natürlich verboten, und die bearbeiten bereits 22 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. Die anderen Bauern aber kalkulieren fix mit dem Mittel. „Ein Verbot würde fast alle konventionellen Landwirte betreffen“, sagt Guenther Rohrer, Referatsleiter Pflanzliche Erzeugnisse in der Landwirtschaftskammer.

Die Bauern greifen beim Anbau von Raps, Zuckerrüben, Wintergerste und -weizen zu dem Mittel, bei Soja, Wein und Obst. „Österreichs Landwirtschaft verwendet Glyphosat verantwortungsbewusst“, heißt es aus der Kammer. Nämlich nach dem Motto: „So wenig wie möglich, so viel wie nötig.“

Man müsse die österreichische Anwendung, wo die Nutzpflanzen selbst mit dem Wirkstoff gar nicht in Kontakt kämen, von der Anwendung in den USA unterscheiden, wo gentechnisch veränderte Pflanzen mehrmals pro Jahr mit dem Präparat besprüht werden. Seit 2013 sieht sich Österreich sowieso als Vorreiter, weil seit damals die Sikkation verboten ist: Die beschleunigt das Abreifen von Getreide, Raps oder Erdäpfeln, alle grünen Pflanzenteile welken ab. Das erleichtert die Ernte. Das hinterlasse freilich Rückstände, so die Kammer.

„Natürlich ist es etwas anderes, wenn ich wie in den USA über fast erntereife Pflanzen drüberfliege“, sagt Dagmar Urban, Landwirtschaftsexpertin bei Greenpeace. „Aber auch in Österreich kommen Menschen an ganz vielen Orten mit Glyphosat in Kontakt. Es wurde auf Spielplätzen gefunden, in Wein und Bier und in der Folge auch im Urin und in der Muttermilch.“ In jener WHO-Organisation, die Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft hat, säßen immerhin die Krebsexperten schlechthin. „Nach dem Vorsorgeprinzip müsste das für ein Verbot reichen.“

Dazu kämen die Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Mit den Beikräutern fehlen Pflanzen als Nahrungsquelle für Insekten; diese fallen wiederum als Futter etwa für Vögel weg. „Für uns würde auch das für ein Totalverbot reichen“, sagt Urban.

Konventionelle Bauern hingegen meinen, es ginge nicht ohne Glyphosat. Der junge Landwirt Lorenz Mayr aus dem Bezirk Korneuburg lädt zu Bürgerversammlungen und postet eifrig auf Facebook zum Thema: „So schützen wir Bauern unsere Dörfer vor Hochwasser.“ Gerade im Weinviertel würden durch Starkregen immer öfter Felder und Ortschaften überflutet. Viele Bauern setzen daher bei Mais oder Zuckerrüben auf Mulch- und Direktsaat. Dabei lässt man Pflanzenreste auf dem Boden liegen, das schützt vor Erosion. Kurz vor oder nach der Aussaat brauche man bei dieser Methode aber Glyphosat. Sonst müssten die Bauern die Felder mechanisch bearbeiten, die



Biobauer Rafael Zöcher: „Mit Glyphosat ist alles tot. Es ist klar, was das für das Bodenleben bedeutet“

abgestorbenen Pflanzen seien nicht mehr verwurzelt. Beides fördere die Erosion.

Geht's denn wirklich nicht anders? „Beim Erosionsschutz ist Glyphosat einfach am geschicktesten“, meint auch Rohrer von der Landwirtschaftskammer. Im Obst- und Weinbau und bei schwieriger Witterung komme man ebenfalls schwer ohne aus. Freilich gebe es Alternativen, aber „ohne Glyphosat würde es aufwendiger und teurer“. Und wer soll das bezahlen?

Biobauer Zöcher hält es für „Blödsinn“, dass Glyphosat unverzichtbar sei. Ohne sei es bloß ein bisschen aufwendiger. Er arbeite mit einfachen Hackgeräten und achte auf die Fruchtfolge, sprich: Nächstes Jahr baut er auf dem Dinkelfeld etwas anderes an. „Das funktioniert tadellos.“ Auch wenn man bei Biogetreide etwa um ein Zehntel weniger Ertrag einfahre. „Und wenn man schlampert ist, hat man gar nichts. Bio erfordert mehr Wissen und genaueres Arbeiten. Wenn du mit einer Maßnahme um eine Woche zu spät dran bist, kann es schon zu spät sein. Mit Chemie kannst du noch nachhelfen.“

Dass Glyphosat absolut effizient sei, „mag schon stimmen“, sagt Neo-Biobauer Bernhard Kurz aus dem Bezirk Melk. Er fragt aber: „Müssen wir immer das Maximum aus unseren Böden herausholen?“ Sein 400 Jahre alter Hof durchläuft eben die letzte Umstellungsphase zum Biobetrieb. Julia und Bernhard Kurz bewirtschaften die 20 Hektar noch im Nebenerwerb. Auf der einen Hälfte wachsen Gerste, Mais und Weizen, die andere ist Grünland. Ein Teil dient als Futter für die Kühe. Man kennt den Hof als „KurzUmsEck“ mit Früchtejoghurts und Weichkäse.

„Früher haben wir auch kleine Mengen Glyphosat verwendet“, sagt Kurz. Auch heute nutzen Kurzens Winterbegrünung als Erosionsschutz. Doch wenn diese weg soll, bearbeiten sie den Boden mechanisch. „Aber nur sehr flach, dann bleibt so eine Art Matte liegen.“ Das genüge. Der Aufwand sei nicht so viel größer, als wenn man mit der Glyphosat-Spritze ausfahren müsste. In Maisfeldern lässt Familie Kurz auch Sonnenblumen und Sudangras wachsen. „Die verdrängen aufkommende Beikräuter.“

Es gehe auch nicht nur ums Glyphosat, sondern um die gesamte eingesetzte Chemie. Die zusätzlich erzeugten Tonnen müsse man mit sehr viel Einsatz erkaufen. Profitieren würden Konzerne wie Monsanto & Co. „Dabei sollten wir uns fragen: Warum erzeugen wir so viele Lebensmittel, wenn 40 Prozent entsorgt werden? Solange wir nicht in erforderlichen Mengen produzieren, wird sich der Preis nie nach uns richten.“

Für Rohrer von der Landwirtschaftskammer ist eines klar: Bei einem Verbot „muss der Konsument für die Mehrkosten geradestehen“. Egal, ob im Supermarkt oder über Förderungen. Da trifft er sich ausnahmsweise mit der Greenpeace-Frau: Natürlich müssten die Bauern nach einem Verbot unterstützt werden, etwa durch Förderungen.

Mit Umweltschützern auf einer Linie ist Rohrer noch anderswo: Würde Glyphosat in der EU verboten, dann dürften damit behandelte Produkte wie Soja auch nicht mehr importiert werden. „Entweder ist es giftig oder nicht“, sagt Rohrer. Tatsächlich holt sich Europa in rauen Mengen gentechnisch verändertes und mit Roundup behandeltes Sojafutter aus Brasilien, Argentinien und den USA.

Eine andere Gefahr darf ebenfalls nicht übersehen werden: dass statt Glyphosat andere Chemikalien eingesetzt werden. Aktuell ist das bei den Neonicotinoiden zu sehen. Für einige besteht ein Teilverbot, andere ebenfalls bienenschädliche Pestizide werden nun dafür umso mehr verwendet. „Wir müssen auf mechanischen Alternativen bestehen“, meint Greenpeace-Landwirtschaftsexpertin Urban. Geräte zur Feldbearbeitung werden immer ausgefeilter. Schon jetzt schneiden moderne Hackgeräte dem Unkraut auf bis zu 20 Reihen gleichzeitig die Wurzeln ab. Egger Mechatronik aus Mattsee hat eine intelligente Kamerasteuerung entwickelt, die eigenständig den Verlauf der Reihen erkennt. Geschäftsführer Helmut Egger verspricht „Arbeitsgeschwindigkeiten von bis zu 15 km/h. Dadurch kann der Landwirt in wenigen Stunden mehrere Hektar Anbauflächen mühe-los von Unkraut befreien.“

Miniroboter, die mit Sensoren ausgestattet allein über die Äcker kurven und Schädlinge und Beikräuter eigenständig in Schach halten, sind freilich noch Zukunftsmusik. Auch sind solche Geräte erst mal deutlich teurer als die Chemie. Doch schon jetzt nutzen Bauern Maschinen gemeinsam: Familie Kurz hat zusammen mit 15 anderen einen Rollstriegel erworben. Ruft man bei der Wieselburger Firma Seiringer an und will seine Maisfelder bearbeitet haben, dann rückt ein Fahrer auf einem Hackgerät mit Kamera an und erledigt alles.

Auch konventionelle Bauern würden verstärkt mechanische Methoden anwenden, versichert Landwirtschaftskammer-Experte Rohrer, vor allem bei Weizen und Soja. „Das hat man sich von den Biobauern abgeschaut.“ Könnten solche Geräte Glyphosat überflüssig machen? Vielleicht nicht ganz, meint er, aber doch „in größerem Ausmaß“. Er glaubt auch, dass bei einem Verbot viele Bauern auf Bio umsteigen würden. Schlecht? Schwer zu sagen: „Wir haben bei Bio schon jetzt eine Überproduktion. Gott sei Dank können wir in die Schweiz und andere Länder exportieren.“

Ob die Bauern weiterhin Glyphosat verwenden dürfen, wird sich voraussichtlich im Herbst entscheiden. Landwirtschaftsminister Rupprechter verweigert eine Positionierung. „Für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln gilt wie für Medikamente: Die Entscheidung treffen Expertengremien und keine Politiker“, heißt es aus dem Büro. Man vertraue hier auf die Ages-Experten. Diese befürwortet eine weitere Zulassung, allerdings mit mehr Einschränkungen.

Dabei hat Rupprechter selbst schon vor einem Jahr gesagt: „Österreichs Landwirtschaft braucht gar kein Glyphosat.“



Auch konventionelle Bauern wenden verstärkt mechanische Methoden an. Das hat man sich von den Biobauern abgeschaut

GUENTHER ROHRER, LANDWIRTSCHAFTSKAMMER



Neo-Biobauern Julia und Bernhard Kurz: „Müssen wir immer das Maximum aus unseren Böden herausholen?“